



Wirtschaftliches Empowerment für Frauen: Wege aus der Armut

Seit mehr als 20 Jahren gehört Gender Mainstreaming zur Entwicklungszusammenarbeit (EZA). Armutsbekämpfung, so der Konsens, ist nur erfolgreich, wenn die unterschiedlichen Rollen, Aufgaben und Bedürfnisse von Frauen und Männer differenziert betrachtet werden. Viele Seiten feiern diese Strategie als Erfolg, auch die Weltbank. Trotzdem werden immer mehr skeptische Stimmen laut. Der Begriff Gender – ursprünglich als Verhältnis der sozial konstruierten Geschlechter gedacht, dessen Analyse Einblick in Machtkonstellationen verschafft – hat durch die oft mechanistische Verwendung an politischer Schärfe eingebüsst. Heute gehört eine Genderpolitik zur Grundausstattung der Strategie der Geberländer.

Ein kritischer Blick genügt jedoch um zu erkennen, dass nicht Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte im Zentrum dieser Politik stehen, sondern das wirtschaftliche Wachstum, das von der Arbeitskraft der Frauen zusätzlich angetrieben werden kann. Viele Frauen konnten von der schleichenden Instrumentalisierung der weiblichen Arbeitskraft profitieren. Dass Frauen dennoch die Mehrheit unter den ganz Armen ausmachen, stärker den negativen Folgen von Finanz- und Ernährungskrisen ausgesetzt und weltweit mehr von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wirft aber grundsätzliche Fragen nach der Rolle des Geschlechts in der gesellschaftlichen Entwicklung auf, speziell in der ›Armutsbekämpfung‹.

Dieser Beitrag¹ versucht aufzuzeigen, dass Care-Arbeit² ein entscheidender Faktor für die Resistenz der geschlechterspezifischen Struktur von Armut ist. Anhand einzelner Felder der EZA soll gezeigt werden, warum die verstärkte Integration der Frauen in die Geldwirtschaft nicht automatisch zu mehr Gendergerechtigkeit führt, und zusätzliches Einkommen nicht zwingend zu einem besseren Lebensstandard. Der Beitrag fragt auch nach den Parallelen zwischen den Entwicklungs- und den entwickelten Ländern. Ist die Rolle der Frauen, die in der Schweiz billige Zudienarbeit leisten, im globalen Marktssystem zu vergleichen mit der Arbeit der der Frauen im Süden?

Annemarie Sancar

ist Genderbeauftragte bei der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) im Eidgenössischen Aussendepartement.



Einkommen für Frauen – das Credo von Entwicklung und Armutsbekämpfung

Ausgehend von der Annahme, dass Frauen disziplinierte Rückzahlerinnen und Erfolg versprechende Investorinnen sind, wenden sich genderbewusste Entwicklungsprogramme zur wirtschaftlichen Stärkung der Armen oft speziell an sie. Denn als Kleinbäuerinnen in marginalisierten Gegenden gelten sie als Motor der landwirtschaftlichen Produktion. Als das sollen sie in Wertschöpfungsketten eingebunden werden, unabhängig davon, wie viel Subsistenzarbeit sie sonst noch leisten. Der Lebensstandard eines Haushaltes kann sich verbessern. Was nicht für den alltäglichen Gebrauch ausgegeben wird, kann in Käse- oder Konfitürenproduktion, Gemüseanbau oder Nähmaschinen investiert werden, alles Arbeitsbereiche, für die die Frauen zuständig sind. Interventionen zur Erhöhung der Produktivität werden auf Frauen ausgerichtet, damit ihre Arbeitskraft wirtschaftlicher wird und die Rentabilität der Programme steigt. Selten erfährt man, ob sich so auch die Lebensqualität der Frauen verbessert. Auch Grossbetriebe und exportorientierte Agro-Unternehmen bieten Verdienstmöglichkeiten für Frauen. Studien über westafrikanische Kakaoplantagen zeigen, dass Frauen ihren Lebensstandard dank des regelmässigen Einkommens tatsächlich verbessern. Es tönt überzeugend: Einkommen macht Frauen zu Marktteilnehmerinnen, die das Bargeld gewinnbringend investieren. Aber wer profitiert letztlich mehr, die Wirtschaft oder die Frauen? Solche Programme folgen ökonomischen Prinzipien, Gendergleichstellung ist selten mehr als eine Formel. Kreditnehmerinnen werden zwar gezählt, vielleicht auch ihre Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen. Doch negative Nebeneffekte, die solche Interventionen auf Haushaltsstrukturen haben können, werden übersehen oder als vorübergehende Unregelmässigkeiten abgehandelt.

Arme Frauen brauchen Geld, und zwar zunehmend mehr. Kleine Kredite sind erwünscht, denn Bargeld ermöglicht den Frauen, ein Kleinunternehmen zu gründen. Sie können mit dem Geld ihre Betriebskosten decken und in die Produktion investieren. Das Problem besteht darin, dass die Frauen das wenige Geld auch für den Haushalt und die damit verbundene Care-Arbeit brauchen. Die zunehmende Monetarisierung des Alltags, der Abbau öffentlicher Leistungen im Gesundheits- und Bildungswesen wie auch in anderen sozialen Infrastrukturen – damit die Abwälzung wichtiger Dienstleistungen auf Private, die dafür weniger Zeit und nicht genügend Geld für Ersatz haben – geht oft Hand in Hand mit der Wirtschaftsförderung durch den Privatsektor. Einkommensförderung bringt zwar kurzfristig mehr Kaufkraft in die Region, sie muss



aber auch in einem Umfeld wirken, in dem staatliche Wohlfahrtspraktiken an den Armutsursachen vorbei zielen und die gestiegene Kaufkraft mittel- und langfristig wiederum in gestiegenen Lebenskosten verpufft. So kann der Druck auf die Frauen auch dann erheblich steigen, wenn sie dank des Kredits eigentlich mehr Geld in der Tasche haben.

Selbst die besten Unternehmerinnen sind keine Superfrauen, denn auch sie haben nur beschränkt Zeit, in ihren Haushalten Betreuungs- und Pflegearbeit zu leisten. Care-Arbeit braucht sowohl Zeit als auch Geld. Eine Studie zeigt, dass Frauen auch ohne Programme zur Förderung ihrer Einkommen weit weniger freie Zeit zur Verfügung haben als Männer. Der Druck auf ihre freie Zeit wird noch grösser, wenn der Gelderwerb einen grossen Zeitaufwand erfordert.³ Zahlen zur Qualität der Kinderernährung in Ländern mit wachsenden Ökonomien, darunter etwa Nicaragua, sind nur ein bitterer Vorgeschmack der Folgen, mit denen langfristig zu rechnen ist.

Es gibt wenige Beispiele, die langfristig in eine andere Richtung führen. Lange glaubte man, dass die Grameen-Bank, die Armenbank in Bangladesh, dazugehört. Über zwei Millionen Kreditnehmerinnen profitieren von ihrem Angebot, die Summe der Ersparnisse in ihren Fonds ist immens. Möglichkeiten wurden geschaffen, um in Infrastruktur zu investieren, in erneuerbare Energien oder Handynetze. Die Grameen-Bank funktioniert unter sozialer Kontrolle. Kredite werden nur an Personen vergeben, die sich in einer Gruppe organisiert haben. Die Vergabe ist öffentlich, und die Rückzahlungen sind standardisiert. Die Grameen-Bank verfügt zudem über klare entwicklungspolitische Ziele, die sich unter anderem darin ausdrücken, dass neben der Kleinkreditvergabe auch Kapital gebildet wird. Daraus entsteht eine Art ›Sozialversicherung‹ und Entwicklungsfonds, der den Kreditnehmerinnen zugute kommt. Bei Grameen sind 90 Prozent Frauen. Aus dem System fliegt raus, wer die Rückzahlungsdisziplin nicht einhält, und das sind vor allem Männer.

Ist Grameen das beste System, um mit Krediten an Frauen nicht nur deren Armut zu bekämpfen, sondern sie auch zu ermächtigen? Ein Vertreter von Via Campesina Bangladesh erzählt, dass die Frauen zunehmend unter den Druck ihrer männlichen Verwandten geraten. Während die Männer über die Verwendung des Kredits entscheiden, müssen die Frauen den Kopf hinhalten, wenn es um die Rückzahlung geht. Die Religion dient dabei der Disziplinierung und Unterwerfung der Frauen unter das patriarchalische Regime. Die Fonds, die für den Aufbau der sozialen Infrastruktur verwendet werden, haben zur Folge, dass sich der Staat zunehmend aus der Verantwortung zieht. Ein weiterer kritischer Aspekt betrifft die stark eingeschränkten Möglichkeiten der Armen,

überhaupt Kapital zu akkumulieren. Der viel gepriesene ›Wohlstandseffekt‹ von Grameen bleibt also gering, da die Kleinbäuerinnen gewissermaßen in ihren ›Kleinstproduktionssystem‹ gefangen bleiben.

Das hat man auch im mongolischen Süden erfahren, wo ehemalige Hirtinnen mit Kleinkrediten motiviert werden, Käse zu produzieren und auf dem lokalen Markt zu verkaufen. Trotz der vielen Arbeit, die sie unter schwierigen Bedingungen in die Käserei investieren, erzielen sie kaum einen Mehrwert, geschweige denn einen besseren Lebensstandard. Auf dem Markt konkurrenziert sie der billige Importkäse, und im Alltag begegnen sie steigenden Lebenskosten, die sie mit dem wenigen Bargeld kaum bewältigen können.

Sind Mikrokredite also nur ein Zauberwort? Sind sie besser als gar nichts oder verhindern sie gar Massnahmen, um Care-Arbeit zu erleichtern? Mikrokredite sind kleine Beiträge zur ›Selbsthilfe‹, das ist unbestritten. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass staatliche Wohlfahrtsprogramme oder soziale Netze geschwächt werden, wie das zum Beispiel in Bangladesh der Fall ist. Dort erbringen rechtskonservative Bündnisse Dienstleistungen, die auch öffentlich geleistet werden könnten, mit dem Unterschied, dass die Frauenrechte nicht gerade zuoberst auf dem politischen Programm stehen.

Frauenförderung: Mehrwert oder Ausbeutung

Wenn Frauen Kleinkredite erhalten, sagt das nichts aus über ihre Stellung in der Gesellschaft. Als Kleinstunternehmerinnen haben sie nicht einfach mehr Macht. Vielmehr können neue Abhängigkeiten entstehen und ihre Handlungsspielräume mit Verweis auf die (patriarchalische) Moral erneut eingeschränkt werden. Eigentlich geht es aber um etwas anderes. Frauen leisten nämlich auch dann, wenn sie unternehmerisch tätig sind, die nötige Care-Arbeit, um den Haushalt zu erhalten und Arbeitskraft zu generieren. Sie leisten Betreuungsarbeit, auf die sich letztlich nicht nur ihre Männer im Haushalt, sondern auch Unternehmer, Verkäufer, Geldverleiher und letztlich der Staat verlassen können.

Was für Frauen Mehrbelastung und Ausbeutung ist, wird in der neoliberalen Logik als effiziente Nutzung der weiblichen Fähigkeiten für die ökonomische Entwicklung gesehen. »Wird diese Kluft durch die Beteiligung von Frauen an Erwerbsmarkt und Einkommen überwunden, dann wird Armut reduziert und Wachstum beschleunigt.« So lautet das Credo, die sogenannte ›smarte Ökonomie‹, der Weltbank.⁴ Es sei evident, dass sich die Erweiterung der wirtschaftlichen Chancen von Frauen für die Bankgeschäfte rechne. Christa Wichterich zufolge geht es der Weltbank darum, weibliche Arbeitskräfte und weibliches Humankapi-



tal für die Märkte zu nutzen, damit sie ›smarter‹ – sprich: rentabler – funktionieren. Effizienz- und wachstumshinderliches ›Marktversagen‹ bestehe nach Auffassung der Bank dann, wenn Ressourcen nicht dort zum Einsatz kommen, wo die Rentabilität am höchsten ist.⁵ Wen kümmert es da schon, dass Care-Arbeit unbezahlt und eben selbstverständlich geleistet wird: »Women as the last resort!«

Frauen hätten an Selbstvertrauen gewonnen, heisst es in den Hochglanzbroschüren von Weltbank und anderen Global Players. Darin werden die Geschichten von Protagonistinnen dargestellt, die dank ihrer wirtschaftlichen Erfolge in öffentlichen Gremien gestärkt auftreten – wirkliche Geschichten. Doch nicht für alle Frauen zahlen sich Kleinkredite oder Erwerbsarbeit wirklich aus. Erst der Blick auf die komplexen Haushaltsökonomien und -dynamiken, die Analyse der Zeit- und Ressourcenverwendung zeigen, ob diese Geschichten mehr sind als ein Werbe- oder Rechenschaftsmittel der Geldgeber – und was mit allen anderen Frauen geschehen ist, die keine Erfolgsgeschichte vorweisen können.

Geld öffnet Wege und erweitert den Handlungsspielraum. Aus eigener Erfahrung wissen wir jedoch, dass Erwerbsarbeit und Partizipation auch Arbeitslast und Verantwortung bedeutet. Es hängt von den Bedingungen ab, wie dieses Spannungsfeld ausbalanciert werden kann. Die Alltagsrealität eines Haushaltes ergibt sich aus einer Vielfalt von Rollen und Verantwortungen, die sich überschneiden und konkurrenzieren und die genderspezifisch ausgeprägt und für die Geschlechterverhältnisse grundlegend sind. Doch nicht nur Gender ist relevant. Auch der soziale Status bestimmt die Möglichkeiten, mit der die Frauen ihre Rollen als Mutter, Erzieherin, Subsistenzbäuerin auf der einen und Unternehmerin, Bürgerin, Politikerin auf der anderen Seite in Einklang bringen können. Verdientes Geld ist nützlich, dennoch kommt es darauf an, wieviel Zeit die Frauen für wieviel Geld aufwenden müssen. Und wieviel Geld sie mehr verdienen müssen, damit es sich wirklich lohnt, zum Beispiel, indem sie Entscheidungsmacht über die Investition des verdienten Geldes gewinnen.

Geschlecht als strukturierendes Element sozio-ökonomischer Entwicklung

Die Geschlechterkategorie ist ein zentrales Strukturmerkmal wirtschaftlicher Entwicklung. Das gilt nicht nur für den Süden. Auch in den reichen Ländern zeigt die Verteilung von Care-Arbeit, dass das Geschlecht entscheidend ist. Die Staaten haben aus der Geschichte heraus erklär- bare, unterschiedliche Formen entwickelt, um die Sorgearbeit für ihre Mitglieder zu organisieren: wieviel Zeit dafür aufgewendet werden

muss, ob sie privat oder öffentlich, bezahlt oder unbezahlt geleistet wird und welchen Anteil Frauen oder Männer, Einheimische oder Zugewanderte, Mitglieder der unteren Einkommenschichten oder andere leisten. Es gibt keine endgültige oder die richtige Form. Den allermeisten Organisationstypen ist aber gemeinsam, dass Care-Arbeit nicht als Teil des wirtschaftlichen Wachstums, sondern als eine ›Externalität‹ ohne relevanten ökonomischen Wert verstanden wird.⁶ Das gilt für die Armutsbekämpfung im Süden ebenso wie für wirtschafts- und sozialpolitische Strategien im Norden. Auch in den letzten Konjunkturprogrammen fehlt die Geschlechterperspektive, aus der die Auswirkungen der Krise auf die ungleiche Belastung durch Care-Arbeit ersichtlich würden. Dabei könnten Gesetze, Arbeitsmarkt- und Lohnstruktur, Infrastruktur, wohlfahrtsstaatliche Programme Aufschluss geben darüber, wie und warum das Geschlecht die Leistung von Care massgebend bedingt. Zum anderen könnte mit Zeitstudien aufgezeigt werden, wie viel unbezahlte Care-Arbeit in welcher Zeit welchen wirtschaftlichen Wert erzeugt und wer sich diesen aneignen kann.

Doch Armut ist nicht nur ein ökonomisches Problem. Darum reichen Kleinkredite für Frauen niemals aus, um mehr Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Ein weiterer wichtiger Bereich ist der Bildungssektor. In Westafrika zum Beispiel haben Bildungsinitiativen die Lebenssituation vieler Frauen verbessert und ihre Fähigkeiten gestärkt. Doch auch Bildung allein kann keinen Wohlstand garantieren. Das liegt einerseits sicher an der knappen Zeit, die armen Frauen für die Weiterbildung zur Verfügung steht, und an der durch die prekäre Situation eingeschränkten Risikobereitschaft, Neues zu lernen und auszuprobieren. Oft sind auch die Voraussetzungen nicht gegeben, dass neu erworbenes Wissen ›gewinnbringend‹ umgesetzt werden kann.

Bildungsprogramme für Frauen machen dann Sinn, wenn gleichzeitig auch der Zeitaufwand für Care-Arbeit reduziert werden kann und sie die Chance auf angemessene Arbeitsplätze haben. Das gelingt, indem die Hausarbeit mittels staatlicher Massnahmen neu verteilt und unterstützt wird. Dazu gehört eine technische und soziale Infrastruktur, eine Ausgabenpolitik, die die Kosten für die Care-Arbeit senkt oder die Bedingungen von privat und unbezahlt geleisteter Care-Arbeit mittels Subventionen von Haushaltsgeräten, Pflegediensten für Kranke und gut erreichbaren Kindertagesstätten erleichtert. Dazu zählen ferner Steuerreformen, die Güter, die Care-Arbeit reduzieren, von der Mehrwertsteuer befreien. Solche Strategien werden im Süden vereinzelt bereits umgesetzt. Was aber heisst es für die reichen Länder des Nordens? Hier, wo ein neuer Familialismus rechtsbürgerlicher Kreise und der Kulturalisierungstrend



in der Integrationspolitik der Care-Arbeit den (vermeintlich selbstverständlich für Frauen reservierten) Platz weist, stellen sich ähnliche Fragen nach dem Wert der Leistung von Care.

›Unternehmerische‹ Migrantinnen für unseren Wohlstand?

Ein grosser Teil der Migrantinnen aus dem Süden verdient hier den Lebensunterhalt mit schlecht bezahlter Arbeit, vor allem in Bereichen der personenbezogenen Dienstleistungen (Gastgewerbe, Detailhandel, Gesundheitswesen, private Haushalte). Die Frauen arbeiten unter schlechten Bedingungen und verdienen wenig, selbst wenn es mehr ist, als in ihrem Herkunftsland möglich wäre. Dennoch ist ihre Arbeit unentbehrlich für das Funktionieren einer Volkswirtschaft, so wie die haushaltsbezogene Arbeit der armen Frauen im Süden ohne die wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich wäre.

Die segregierte Struktur des Arbeitsmarktes und das Zusammenspiel zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit basieren auf der Geschlechterdifferenz. Die Gesundheitskosten wären höher, wäre da nicht die von Migrantinnen geleistete Care-Arbeit, die hohe Anforderungen an Flexibilität, soziale und fachliche Kompetenz stellt. Diese Arbeit bleibt zeitaufwändig, da sie sich im Vergleich zu nicht personenbezogenen Dienstleistungen nicht rationalisieren lässt. Und sie muss angemessen entlohnt werden. Aus der Perspektive der Gleichstellung ist der Misstand offensichtlich. Doch weder der Staat noch die Wirtschaft sind unter Legitimationsdruck, denn die Diskriminierung von Migrantinnen ist kaum rechtfertigungsbedürftig. Ihre Herkunft genügt, um die Prekarisierung als normal zu sehen (›für ihre Verhältnisse ist das ein guter Lohn‹), genau so, wie armen Frauen in Ländern des Südens im Namen der Armutsbekämpfung jegliche wirtschaftliche Lasten zugemutet werden.

Die Integration der Frauen in die Erwerbswirtschaft ist zentral für ihre Teilnahme an der Gesellschaft, und sie sollen dem Erwerbssektor qualifiziert und flexibel zur Verfügung stehen. Die Anforderungen an die Sorge- und Betreuungsarbeit im Privathaushalt werden aber nicht weniger. Unter Zeitdruck verliert die Betreuung aber an Qualität, je nachdem, welche Optionen Frauen haben. Diese Optionen hängen ab vom Einkommen, der sozialen Vernetzung, der Rechtssituation oder von staatlichen Angeboten.⁷ Im Süden greifen Frauen auf ihre Familiennetze zurück, Grossmütter und Töchter übernehmen die Care-Arbeit. Im Norden werden Frauen ihre Zeitknappheit mit Teilzeitarbeit kompensieren. Wer über genügend Bargeld verfügt, kann mit Waschmaschine und Kochherd, Fastfood oder einem Zweitwagen Zeit einsparen. Wer eine

Grossmutter hat, kann auf deren Betreuungsdienste ausweichen.⁸ Wer unter Zeitarmut und Ressourcenarmut leidet, lebt auch im reichen Norden prekär. Betroffen sind vor allem allein erziehende Frauen und Migrantinnen aus niedrigen Einkommensschichten, die verschiedenen schlecht bezahlten Jobs nachgehen, um ihre Alltagskosten zu decken.

»Arbeiten beide Eltern ausser Haus, muss für die Kinderbetreuung viel Geld ausgegeben werden. (...) Ist die Familie nicht reich, kann das zur Verschuldung führen. Die Eltern arbeiten immer mehr, um ihr Einkommen aufzubessern, haben deswegen weniger Zeit für die notwendigen unbezahlten Arbeiten wie Putzen, Kochen, Waschen«, sagt Mascha Madörin (WoZ vom 28. Mai 2009). Der Lebensstandard hänge weitgehend davon ab, wie viel unbezahlte Arbeit sich ein Haushalt leisten könne.

Wenn trotz Erwerbsarbeit nicht genügend Reserve entsteht, um Krisenzeiten zu überbrücken, wenn trotz doppelter Arbeit kein Geld bleibt, um Haushaltsarbeit zeitsparender zu leisten, führt das zum Abbau guter Betreuungsarbeit. Das wird langfristige, in Ansätzen bereits erkennbare Folgen haben. Psychische Belastungen nehmen zu, die Gesundheit der Frauen und Kinder leidet, Mädchen bleiben zuhause, statt eine Ausbildung zu absolvieren, die häusliche Gewalt steigt. Und dennoch sind heute die Bemühungen um Gleichstellung in Frage gestellt.

Die zur Verfügung stehende Zeit und die Optionen, die limitierte Zeit für Erwerbsarbeit einzusetzen, sind für die Lebensqualität entscheidend. Zeitknappheit ist ein Armutsfaktor, wenn keine Ressourcen zur Kompensation vorhanden sind, und sie ist geschlechtsspezifisch. Diese Care-Zeit-Dimension fehlt in den Förderprogrammen und Strukturdebatten; das hat sich auch in Zeiten der Krise nicht geändert. Die Rolle des Staates müsste neu definiert werden. Er darf nicht aus der Verantwortung für Care entlassen werden. Er ist verantwortlich, dass sowohl bezahlte als auch unbezahlte Care-Arbeit mehrheitlich zu Lasten von Frauen reprivatisiert wird. Vor allem in Zeiten des drohenden Abbaus und der Schuldenbremse ist es zentral, dass personenbezogene Dienstleistungen vom Staat gesichert sind.

Care-Arbeit ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftlichen Wohlstand, sie ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht gewinnorientiert oder nach Rentabilitätskriterien organisiert werden kann, und sie ist zeitaufwändig. Sowohl im Norden als auch im Süden und global braucht es daher eine Politik, die entgegen der dominanten Meinung, Frauen würden auf Grund ihres Wesens die Betreuungsarbeit ohnehin gewährleisten, den Anspruch der BürgerInnen auf Lebensqualität ins Zentrum stellen.



Anmerkungen

- 1 Unter dem Titel »Power and Poverty. Reducing gender inequality by ways of rural employment?« verfassten Sabin Bieri und Annemarie Sancar einen Artikel für die ExpertInnenkonferenz von ILO, FAO und IFAD vom April 2009 in Rom. Dieser Beitrag ist eine stark gekürzte und überarbeitete Fassung. Der vollständige Artikel kann unter www.fao-ilo.org/fileadmin/user_upload/fao_ilo/pdf/Papers/18_March/Bieri_-_final.pdf heruntergeladen werden.
- 2 Care-Ökonomie bezeichnet alle Tätigkeiten, ob bezahlt oder unbezahlt, privat oder öffentlich, bei denen Menschen für die alltägliche Versorgung anderer Menschen zuständig sind.
- 3 Vgl. Shakra Razawi (2009): Social and political Economy of Care – A comparative study. UNRISD
- 4 Weltbank: Gender equality as smart economics – New ways to improve women's economic activities and productivity.
- 5 Wichterich, Christa (2006): Die neuen Smarties der Weltbank: Wettbewerbsfähige Frauen. In: Informationsbrief Weltwirtschaft&Entwicklung, W&E 12.
- 6 Venezuela ist vermutlich die Ausnahme: Der Wert der unbezahlten Hausarbeit ist hier in der Verfassung verankert.
- 7 Sancar, Annemarie (2009): Feminisierung der Migration. In: Jenseits der Menschenrechte – Die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik. Jahrbuch 2009 des Komitees für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Westfälisches Dampfboot.
- 8 In der Schweiz leisten Frauen zwei Drittel der gesamten Betreuungsarbeit, davon Frauen zwischen 50 und 65 über 50 Prozent. Sie leisten zweieinhalb mal so viel direkte Betreuungsarbeit, wie sie bei einer gleichmässigen Verteilung dieser Arbeit aufgrund ihres Anteils in der Bevölkerung leisten müssten (Mascha Madörin in der UNRISD-Studie 2009).